

Auf zum Roten Arbeitertag in Leipzig!

Sonntag, den 2. August. Marschiert in Massen auf!

Parismus vollzogen haben, muß der Wille von Karl Kautsky an den Bolschewiki vollzogen werden.

Aber wie? Kautsky stellt eine umfassende Untersuchung über die Mittel an. Sie ist in ihren Schlüssen verwegener Widerspruch, aber gerade darum vollkommen einseitig, wie wir sehen werden. Zunächst fragt er nach den „friedlichen Mitteln“? Sein Schluß ist: „Auf sie (die Kommunisten) moralisch einwirken zu wollen, ist gänzlich aussichtslos!“ Wie jeder andere Militarismus, wie die Militarmonarchien der Romanoffs, der Habsburger, der Hohenzollern, dürfte auch er (der Bolschewismus) nur durch Gewalt zu überwinden sein.

Also Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes. Aber das ist eine müßige Sache. Erstens ist er gegen eine gute Armee ausichtslos. Zweitens verstehen die Bolschewiki zu viel von der Sache und sie haben eine zu gute Polizei. Als es besser, die Radonals, Vanderveelde, Adler, Scheidemann und Abramowitsch lassen die Finger davon.

Also doch wiederum „friedliche Mittel“? Allerdings! Und nun theoretisiert Kautsky munter ins Blaue hinein. Woran scheiterte der Parismus? Daran, daß er für kein Militärsystem den Verkehr haben, die Wirtschaft fördern mußte. Damit schuf er die Grundlagen für seinen Sturz. Nun ist freilich nach Kautsky die Sowjetwirtschaft zu steter Niedergang verurteilt, wodurch die Demokratie alle Vorteile verliert. Aber vielleicht wollen die Bolschewiki den noch die Wirtschaft Rußlands heben. Sie geben Konzeptionen, sie bemühen sich um Anleihen, sie bauen das Verkehrsnetz aus. Nach Kautsky herrscht das Sowjetregime noch, weil das Proletariat schwach ist. Wenn die Wirtschaft sich hebt, wird das Proletariat stark, und dann kann es das Sowjetregime, diese blutdürstige Herrschaft jener „Elite“, abwerfen. Also meint Kautsky, soll die antibolschewistische Internationale durchaus nicht gegen internationale Anleihen an Rußland auftreten, sie vielmehr fördern. Sie soll nur als Bedingung für solche Anleihen die Bewilligung von „Reformen“ fordern, was auch deshalb gut ist, weil diese „Reformen“ auch von den internationalen Sozialisten verlangt werden.

Freilich glaubt Kautsky anscheinend selber nur im Zustande völliger Unmacht ganz fest an seinen Popanz Bolschewismus und an die Despotie der „Elite“ gegen das russische Proletariat. Deshalb bekommt er wieder gewisse Zweifel, ob es vernünftig ist, auf die Errichtung des russischen Proletariats zu bauen. Und darum kommt er zu dem Gedanken, der in der Schrift am breitesten ausgeführt wird, der ihr Herzkostbildet.

Nicht Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, sondern — Spekulation auf die allgemeine, spontane Erhebung. Kautsky entsetzt plötzlich, daß er auf Erhebungen dieser Art gerechnet habe, „die den drei Militarmonarchien des östlichen Europa den Garaus machen werde“. Ja, noch mehr. Er weiß, daß die Mehrzahl in der Sozialdemokratie die Erwartung abgelehnt habe, „wir würden durch langsame Erfolge anmerklich der Militarmonarchie über den Kopf und in die Republik hineinwachsen“. In Deutschland, Oesterreich und Rußland ist es so gekommen (bekanntlich gegen die Mehrheit der Sozialdemokraten). Also könne es auch jetzt in Rußland so kommen.

Wie aber ist eine solche spontane Erhebung in Sowjetrußland möglich? Durch eine schwere Erschütterung des Staates, durch eine Niederlage im Kriege. Auf dieser Grundlage baut Kautsky auf, und er erörtert, ob die menschenwärtige Internationale sich an einer solchen Erhebung beteiligen dürfe. Und er bejaht diese Frage ganz entschieden. „Es könnte verhängnisvoll werden“, sagt er, „wollte unsere Internationale unter Hinweis auf ihre Ablehnung des vorbereiteten bewaffneten Aufstandes gegen ihn als konterrevolutionäres Tun verurteilt und ihren Mitgliedern in Rußland verboten, sich an einem solchen Aufstand zu beteiligen.“

Herr Karl Kautsky ist mit seiner Predigt gerade recht gekommen. Unmittelbar nachdem die englische konservative Regierung die heilige Allianz der Kapitalmächte gegen Sowjetrußland zusammenschlingt, da der Kreuzzug gegen das Land der Revolution wieder auf der Tagesordnung steht, kommt Kautskys Schrift heraus. Unter solchen Umständen hat diese Schrift eine klare politische Bedeutung. Sie heißt: Ihr Herren von der Zweiten Internationale merkt auf, eser Weizen beginnt zu blühen. Ihr habt Gelegenheit, euch wiederum um das Heil der Kapitalisten aller Länder verdient zu machen. Die internationale Ausbeuterklasse will den Krieg gegen Sowjetrußland. Macht euch ihnen nützlich, denn das ist eure Sache!

Wenn diese Forderung Kautskys erfüllt wird, moniert die Sozialdemokratie den Helfedung gegen Rußland beginnt, dann mögen die Arbeiter der ganzen Welt wissen, warum es sich handelt: Krieg der gesamten konterrevolutionären Welt gegen die russische Arbeiter- und Bauernmacht! Gut ist es, daß Kautsky bereits ausgeplaudert hat, wo die Zweite Internationale stehen wird, wenn es ernst wird mit dem Feldzug der Kapitalisten gegen Rußland. Die Arbeiter der ganzen Welt sollen daraus die Lehre ziehen sich vor jeder Ueberrückung sichern und heute in den Kampf führen nicht nur gegen die Kriegsverbrecher, sondern auch gegen die sozialdemokratischen Kriegsheer, für die Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern!

Organisierte Lügen-Berichterstattung der SPD-Presse

Den Sozialdemokraten werden alle Kompromißverträge bei der Beratung der Zollvorlage der Reichsregierung, durch die ihr die grundsätzliche Opposition der Kommunisten, gegen diese Wucherpläne der Hindenburg-Regierung betarrt schwer, daß sie auf den Ausweg kommen, die kommunistische Opposition nach Spitzfindigkeiten in der Berichterstattung vor den Augen der Arbeiter herabzumünzen. Der „Vorwärts“ und mit ihm die sozialdemokratische Presse im Reich versuchen, in ihrer Berichterstattung über den Zollanschluß die Verhandlungen so darzustellen, als ob nur die Sozialdemokraten einen wirklichen Kampf im Interesse der werktätigen Massen führen, während die Kommunisten sich ausschweigen. So berichtet der „Vorwärts“ vom Montag abend zu der Beratung über die Kapitel: Gewinne, Obit, Südrückte folgendes:

Die Vertretung der Interessen der konsumierenden Bevölkerung ist ausschließlich den Sozialdemokraten vorbehalten. Auch die Kommunisten schweigen sich vollständig aus. Und an anderer Stelle: „Die Herren Kolenberg und Hönke mühen nichts zu sagen.“

„Diese Methode wird im Dienstagsbericht des „Vorwärts“ bei Beratung der Artikel: Vieh, Fleisch, Geflügel, Eier, Getreide usw. fortgesetzt. Es heißt da:

„Im übrigen war es den Sozialdemokraten allein überlassen, die Interessen der großen Masse der Konsumenten zu vertreten.“

Diese Berichterstattung der sozialdemokratischen Presse wird von Leuten gemacht, die im Ausschuß sitzen und selbst mit anhören, wie die Kommunisten zu diesen einzelnen Positionen auf das ausführlichste Stellung nehmen. Diese Tatsache macht die von der SPD-Presse beliebte Berichterstattung nur noch verwerflicher. So hat in der Montagtagung des Zollausschusses der Genosse Hönke eine halbe Stunde lang zu den Kapiteln: emüte, Obit und Südrückte gesprochen. Seine Ausführungen enden des öfteren den Wellaß der anwesenden SPD-Kreismitglieder. So kennzeichnete Genosse Hönke die ungeheure Bedeutung der hohen Zölle auf Gemüseorten, die zum Wollensdarf gehören, und behandelte ausführlich die Auswirkung der Obitzölle für die Kleinbauern und für die Masse der konsumierenden Bevölkerung. Der „Vorwärts“ aber schreibt: „Herr Hönke mühte nichts zu sagen.“

Genau so in der Dienstagtagung. Nachdem von der Bayr. Volksp. der Abg. Gerauer den Kompromißantrag der Regierungsparteien für Vieh begründet hatte, sprach von der SPD die Abg. Würm. Ihr folgte für die Kommunisten Genosse Fuh, der zu diesem Kapitel längere Ausführungen machte. Später sprach zu allen übrigen Positionen, die am Dienstag zur Beratung standen, der Genosse Hönke sehr eingehend und ausführlich. Er sprach zu den Fleisch-, Milch-, Vollmilch- und Eierzöllen. Er behandelte die Zölle für Geflügel, Fische usw. und vertat dabei auf das Entschiedenste die Interessen der werktätigen Massen und der kleinen Bauern. Der „Vorwärts“ aber lügt in seinem Dienstagsbericht: „Aur die Sozialdemokraten sprachen im Interesse der Konsumenten.“

Die SPD wird mit dieser betrügerischen Berichterstattung ihren Zweck nicht erreichen. Jeder Arbeiter weiß, daß die Kommunisten die rücksichtslosesten Vertreter der Interessen der Arbeiter, Beamten, Angestellten sind, und jeder Arbeiter weiß auch, daß es die Sozialdemokraten sind, die mit den Argumenten der Kapitalisten im Interesse „der notleidenden Wirtschaft“ und im Interesse der Reparationsforderungen der Entente für Steuern auf die breiten proletarischen Massen und für mäßige Zölle zu haben sind. Die Ablenkungsmanöver, die die SPD mit ihrer skandalösen Berichterstattung versucht, werden die breiten Massen darüber nicht hinwegtäuschen.

Arbeiterdelegationen

Die Presse der SPD bringt in den letzten Tagen die Berichte der Rußlanddelegationen der Arbeiter. Seitens Dredner: unsere Presse die Berichte der Dredner Genossen. Die Berichte, insbesondere die Reichsberichterstattung des SPD-Arbeiters Meier, zeigen mit aller Deutlichkeit, daß diese die Dinge in Rußland sehr kritisch darzustellen. Wenn sie den Arbeitern ein ähnliches Bild entwerfen müssen, dann eben deswegen, weil es in Rußland tatsächlich voran geht, weil die Arbeiter die größten Freiheiten haben.

Die SPD, die sich alle Mühe gab, die Delegationen zu verhindern, die die Arbeiter mit dem Terror sprachte, tobt natürlich vor Wut. Sämtliche Soldaten des Kapitals hüpfen sich auf die Arbeiter, um den Eindruck, den die Berichte der Rußlanddelegationen hervorruft, zu verwischen.

In der SPD-Presse preist sich viel Lob zu finden, um die Delegationen totzuschweigen. Jetzt wird die alte Maske aufgelesen. „Kommunistisches Kesselfeuer“, dann werden die Arbeiter dreist und frech von diesen Kesselfeuer der Reichsberichterstattung beschuldigt. Viel Lob heißt die Freiheit zu schreiben: „Die Arbeiter, die da 6 Wochen lang auf Staatskosten herumgeführt werden.“

Das ist auch eine alte Methode, alles, was gut über Rußland berichtet, ist von den Bolschewisten gefälscht. Die Bolschewiki müssen die reinen Hengstschänke der Korruption sein, daß sie bis dato christliche Arbeiter gleich laufen können.

Dann kommt die nächste Platte: Die Arbeiter sind zu dumm, sie begreifen nicht, werden an der Kasse herumgeführt, denn: „Eine ergebnislose Bestätigung dafür, daß die Ergebnisse der Arbeiterdelegation seinen Anspruch auf zuverlässigen wissenschaftlichen Wert haben können, wird bestimmt der Bericht bringen.“

Dann kommt noch eine Kanonensprache. Die Arbeiter verstehen die Sprache nicht, die Dolmetscher sind alle Betrüger. Dabei steht fest, daß von den Dredner Delegierten einer bestimmt russisch spricht. Zum Schluß kommt dann noch das Wörtchen vom dem „falschen“ Sozialrevolutionär, den man den englischen Delegierten zeigte.

Das ist wirklich eine gemaltige Legion von Verleumdungen, Verdächtigungen und Beschimpfungen, die da ein sozialdemokratischer Führer aus einmal zusammenträgt. Das ordinäre aber ist die Verdächtigung der eigenen Parteigenossen.

Die kommunistischen Parteigenossen haben — ja schreibt Bielzig — dabei eine Vorleser für solche „sozialdemokratische Arbeiter gezeigt, die mit dem offiziellen Kurs der Parteipolitik in den letzten Jahren nicht mehr so recht einverstanden waren.“

Dieselben sozialdemokratischen Arbeiter, die bis dato die besten Parteigenossen waren, sind jetzt auf einmal Betrüger, Verleumdung und Beschimpfung der Arbeiter, das ist alles, was die sozialdemokratischen Führer den Berichten der Arbeiter entgegenzusetzen haben. Nun, die zurückkehrenden Arbeiter werden ihnen darauf die Antwort geben.

Um dem Geschimpf und der Verdächtigung einen Schein der Berechtigung zu geben, macht Bielzig dann ein Ablenkungsmanöver. Er billigt, ganz selbstverständlich, Delegationen. Auch will er nicht verkennen, daß in Rußland doch etwas geschehen. Fischer sang es ja anders, da ging es in Rußland jurid, und der Regierungsrat Ca Han, seines Zeichens Sozialdemokrat, erklärte im Landtag, wenn es in Rußland um 30 Prozent voran geht, dann ist eben 30 Prozent zum 600 auch noch nichts. Den Schwanz kann man also schon nicht mehr aufrecht erhalten.

Was schlägt nun Bielzig vor? Der Internationale Gewerkschaftsbund soll Delegationen senden. Unabhängig von den Behörden und den Dolmetschern.

Nun, neu ist ja der Vorschlag nicht. Die Kommunisten haben die Gewerkschaften oft genug aufgeföhrt, Delegationen zu entsenden. Und die Bolschewiki haben dieses Ersuchen oft genau an den Gewerkschaftsbund gerichtet.

Weshalb sind diese demselben nicht nachgekommen? Bielzig spricht von Schwierigkeiten. Wo liegen diese Schwierigkeiten? Nun, wenn die Arbeiter von Land zu Land sich bewegen werden, wenn sie ihre Verhältnisse studieren, dann wird ein anderer Geist der Internationalität erwachen, ein Geist, den die Sozialdemokraten nicht vertragen können.

Die Gewerkschaften mozen den Plan Bielzigs aufnehmen, wir werden ihn nur unterstützen. Ueber Dolmetscher und andere Einzelheiten werden wir uns verständigen, da kann es keine Schwierigkeiten geben.

Aber Bielzig weiß wie wir: die Gewerkschaften werden auf diesen Plan nicht eingehen. Möge man dann die Opposition mit uns in den Gewerkschaften führen um dieses Ziel, wie um die anderen Konkreten Aufgaben des Klassenkampfes. Wir sind bereit.

Die Arbeiter werden sich aber durch die Schimpfungen über die Rußlanddelegationen nicht irritieren lassen, sondern dies nur als einen neuen Beweis dafür betrachten, daß der Führer der zweiten Internationale im Lager der Feinde stehen.

Der Lohnsteuerbetrug soll fortgesetzt werden

Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierungsparteien haben ihre neuen Entwürfe zur Einkommensteuer, dem Reichstage vorgelegt. Sie werden bei der Fortsetzung der 2. Beratung erörtert. Der erste Antrag zur Einkommensteuer schlägt den Abzug folgender Beträge vor:

- 1. 600 Mark freier Einnahmesteil, sofern der Einkommen den Betrag von 10000 Mark jährlich nicht übersteigt.
- 2. Für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind 8000 Mark Hundert des über 600 Mark hinausgehenden Einkommens, jedoch mindestens für die Ehefrau 100 Mark, für das erste Kind 100 Mark, für das zweite Kind 150 Mark, für das dritte Kind 200 Mark, für das vierte Kind 250 Mark, für das fünfte Kind 300 Mark, für das sechste Kind 350 Mark, für das siebte Kind 400 Mark, für das achte Kind 450 Mark, für das neunte Kind 500 Mark, für das zehnte Kind 550 Mark, für alle folgenden Kinder je 450 Mark und darüber 540 Mark für die Ehefrau und jedes Kind, insgesamt nicht mehr als 8000 Mark.

Der Antrag zur Bodensteuer sieht vor, daß außer dem steuerfreien Existenzminimum von 900 Mark steuerfrei bleiben sollen für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind 1000 Mark Hundert des Arbeitslohnes, der über das Existenzminimum hinausgeht. Für die Ehefrau mindestens jährlich 100 Mark, für das erste Kind 120 Mark, für das zweite Kind 150 Mark, für das dritte Kind 180 Mark, für alle folgenden Kinder je 200 Mark jährlich.

Die Front der Bauunternehmer durchbrechen

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verhandlungen der Bauunternehmer wird immer deutlicher. Die gehen nach millig haben insgesamt 128 Berliner Baufirmen die Fortsetzung der Bauarbeiterorganisation durch Unterschrift anerkannt. Darunter befinden sich zahlreiche Mitglieder des Bauunternehmerverbandes. Dieser weiß sich nicht mehr anders zu helfen als in einem verzweifelten Rundschreiben schwere Klagen zu die aus der Schartmacherfront, ausbrechenden Firmen zu drohen.

Vor dem englischen Bergarbeiterstreik

Teleunion meldet aus London, 30. Juli. Schlägen bei geteilt den ganzen Tag mit den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern verhandelt. Am späten Abend wurde noch eine Konferenz abgehalten. Trotz aller Bemühungen sind aber keine Erfolge erzielt worden, da beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharren. Die optimistischen Meldungen über eine baldige Klärung sind als verfrüht zu betrachten. Die von Bergarbeitern gewünschte Unterstützung des Bergbaues durch staatliche Mittel heißt im englischen Kabinett auf starken Widerstand. Man glaubt allgemein, daß die Verhandlungen auf dem alten Punkt angelangt sind.

London, 29. Juli. Die Teleunion meldet: In der Gesellschaft Casuarinshire in Wales streikten die Kohlenbergwerke. Polizeikräfte wurden aus der Umgegend zur Wiederherstellung der Ordnung herangezogen.

Berlin, 30. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die bürgerliche Presse läßt sich aus London melden, die geistige Meinung der Bergarbeiter seien bereit, die Verhandlungen zu widerrufen und die beschlossenen Lohnherabsetzungen nicht durchzuführen, es spreche nicht den Tatsachen. Die Lage sei immer noch unentschieden. Auch die Lohnverhandlungen der Eisenbahnarbeiter seien auf einem toten Punkt angelangt.

Deutsche Gewerkschaftsbureaufüraten gegen internationale Kampfkolidarität

Paris, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der „Kampf“ berichtet, daß in der Sitzung des Exekutiv-Ausschusses des internationalen Bergarbeiterverbandes die englische Delegation erklärte, daß im Falle eines englischen Streiks in verschiedenen Ländern ein allgemeiner Streik durchzuführen sei. Dieser Vorschlag wurde, wie der „Kampf“ mitteilt, von der deutschen Delegation heftig bekämpft und führte zu einer erregten Diskussion. Es geschah wurde, wie das „Journal“ mitteilt, eine Resolution angenommen, welche die Verpflichtung zu einem allgemeinen internationalen Streik ausdrücklich nicht schließt. Der Vertreter der englischen Bergarbeiter, Coof, erklärte, daß ihm ein Bergarbeiterstreik in England unvermeidlich erscheine und daß er nicht schon am Freitag erklärt werde, unbedingt am 14. Tage später ausbrechen werde.

Lebhafte Angriffstätigkeit der Kistruppen

Berlin, 30. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Madrid meldet, ist bei der Stadt Dösch mit der ganzen Bevölkerung und eingeborenen Bevölkerung in die Hände der Kistruppen gefallen, die alle Gebäude verbrannten.

Madrid, 29. Juli. (Teleunion.) Den französischen Meldungen aus Marokko wird hier kein Glaube mehr geschenkt, da sie sich oft widersprechen und die Lage der Franzosen nicht genügend darstellten, als sie tatsächlich ist. Spanische Meldungen aus Tetz bezeugen, daß die Franzosen in den letzten Tagen verschiedene Stellungen verloren haben und daß Tage ernstlich bedroht sei. Die Kabinete seien nach Paris abgereist und der Stadt euernt. Abd el Krim habe sich aus gefangenen Senegalnegeren eine bewährte zuverlässige und tüchtige Leibgarde zusammengestellt.

Paris, 29. Juli. (Teleunion.) Der amtliche französische Heeresbericht meldet, daß die Lage im allgemeinen keine Veränderung erfahren habe. Bei den Kistruppen, die die Schanzen arbeiten im Westen und Osten der Front, besonders aber in der Gegend von Tetz, mit aller Sorgfalt durchzuführen, wird die höchste Tätigkeit beobachtet. In anderen Stellen der Front ist Abd el Krim einen Rüstern Druck auf die dort wohnenden Stämme aus, indem er eine intensive Propaganda entfaltet. Es scheint, daß Abd el Krim sich in den Besitz der Straße von Tetz nach Taza und des Dries Luejan setzen will.